

## Niederschrift

über die Sitzung des Hauptausschusses am 4.6.2012

Sitzungsort: A 013

Beginn der Sitzung um 18.05 Uhr.

Ende der Sitzung um 20.30 Uhr.

Vorsitz führte: Bürgermeister Kreuzberg

### Mitglieder

- Dahmen
- Gerharz
- Hosmann
- Klug
- Küster
- Meeth
- Poschmann (1. stellv. Vors.)

- Berg
- Jung, Heinz
- Dr. Petran

- vom Hagen
- Mäsgen

- Pitz

- Dr. Heermann

- Riedel

### Verwaltung

- Kreuzberg Bürgermeister
- Brandt Erster Beigeordneter
- Freytag Stadtkämmerer
- Schiffer Beigeordneter
- J.v. Bothmer GLB
- Uenzen 01/1
- Bosseler 04
- Berg Feuerwehr, Wachleiter
- Lassmann stellv. Wachleiter
- 
- 
- 

### Schriftführerin

M. Müller

### Gäste

- Herr Simon Zens,
- Unternehmensberatung RINKE
- 
- 
- 
- 
- 
- 

### Stellvertretende Mitglieder

- |                                                     |     |                                            |        |
|-----------------------------------------------------|-----|--------------------------------------------|--------|
| <input type="checkbox"/> Vetterling                 | CDU | <input type="checkbox"/> Grafe             | SPD    |
| <input type="checkbox"/> Boley                      | CDU | <input type="checkbox"/> Weesbach          | SPD    |
| <input type="checkbox"/> Stilz                      | CDU | <input type="checkbox"/> Blanke            | SPD    |
| <input type="checkbox"/> Dr. Dahm                   | CDU | <input type="checkbox"/> Jung, E.          | SPD    |
| <input type="checkbox"/> Ehrenstein                 | CDU | <input type="checkbox"/> Klein             | SPD    |
| <input type="checkbox"/> Fischer                    | CDU | <input type="checkbox"/> Richter           | SPD    |
| <input type="checkbox"/> Dr. Frantziach-Immenkeppel | CDU | <input type="checkbox"/> Vilkman           | SPD    |
| <input type="checkbox"/> Hans                       | CDU | <input type="checkbox"/> Weitz             | SPD    |
| <input type="checkbox"/> Hepp                       | CDU | <input type="checkbox"/> Bortlitz-Dickhoff | Grüne  |
| <input checked="" type="checkbox"/> Kirf            | CDU | <input type="checkbox"/> Konertz           | Grüne  |
| <input type="checkbox"/> Köllejan                   | CDU | <input type="checkbox"/> Niclasen          | Grüne  |
| <input type="checkbox"/> Pohl                       | CDU | <input type="checkbox"/> Dr. Tieke         | Grüne  |
| <input checked="" type="checkbox"/> Pütz            | CDU | <input type="checkbox"/> Weber             | Grüne  |
| <input type="checkbox"/> Rau                        | CDU | <input type="checkbox"/> Brämer            | FDP    |
| <input type="checkbox"/> Simons                     | CDU | <input type="checkbox"/> Müller-Neimann    | FDP    |
|                                                     |     | <input type="checkbox"/> Wehr              | FDP    |
|                                                     |     | <input type="checkbox"/> Baule             | fw/bVb |
|                                                     |     | <input type="checkbox"/> Bohlken           | fw/bVb |
|                                                     |     | <input type="checkbox"/> Mainzer           | fw/bVb |
|                                                     |     | <input type="checkbox"/> Sauer             | LINKE  |

**Bürgermeister Kreuzberg** eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

A) Öffentlicher Teil

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

2. Brandschutzbedarfsplan  
hier: Fortschreibung  
Vorlage-Nr. 161/96 f

**Bürgermeister Kreuzberg** begrüßt Herrn Zens von der Unternehmensberatung Rinke. Er berichtet, dass das Unternehmen bereits den ersten Brandschutzbedarfsplan entwickelt und sich nun auch mit der Fortschreibung beschäftigt habe. Heute gehe es allerdings lediglich um einen Bericht über die Ergebnisse der Begutachtung; man erwarte noch keine Abstimmung bzw. Beschlussempfehlung. Die Informationen sollten mit in die Fraktionen genommen werden mit dem Ziel, eine endgültige Beschlussfassung in einer der nächsten Ratssitzungen zu erreichen.

**Herr Zens** stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die erste Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes der Stadt Brühl vor. Er geht zunächst auf die Aufgabenstellung ein, beschreibt dann das Gefahrenpotential, erläutert ausführlich die Planungsgrundlagen und den Ist-Zustand und stellt abschließend die Soll-Konzeption vor.

Das Ergebnis fasst er in der Hauptsache so zusammen, dass zur fristgerechten, brandschutztechnischen Abdeckung des Stadtgebietes der derzeitige Standort der Feuer- und Rettungswache aufgegeben und im Zentrum der Stadt Brühl neu angesiedelt werden müsse.

**Ratsherr Hosmann** (CDU) nimmt Bezug auf die Darstellung eines theoretischen Standortes, und fragt, ob dieser nur hypothetisch sei oder ob es hier tatsächlich ein Grundstück gebe.

**Herr Zens** bestätigt, dass es sich bei der dargestellten Fläche um den idealen Bereich handele. Es müsse nun geprüft werden, ob es hier nutzbare Grundstücke gebe.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) stellt fest, dass es in diesem Bereich tatsächlich ein freies Grundstück gebe, welches allerdings früher eine Ziegelei bzw. eine Grube oder Kippe gewesen sei. Es müsse nun geprüft werden, ob diese Fläche mit vertretbaren Kosten bebaubar sei. Darüber hinaus hätte er gerne gewusst, ob es bei der Einrichtung einer Feuerwache in einem Wohngebiet Anforderungen an den Lärmschutz gebe.

**Erster Beigeordneter Brandt** erläutert, dass diese Fragen in der Regel im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens untersucht würden. Insofern stünden dezidierte Prüfungen z.B. von Untergrund, Verkehr oder auch Lärm noch an. Des Weiteren stelle sich die Frage der Finanzierung und abschließend müssten alle Fakten dann gegeneinander abgewogen werden.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) fragt, ob ein Beschluss über die erste Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes zwangsläufig den Neubau der Feuerwache zur Folge habe. Auch stelle sich die Frage, inwieweit man der Fachaufsicht unterstehe und eine Beanstandungspflicht bestehe, wenn man den Anforderungen nicht entspreche.

**Bürgermeister Kreuzberg** berichtet zunächst, dass man sich die Verfügbarkeit des in Rede stehenden Grundstückes bereits gesichert habe und Machbarkeitsuntersuchungen teilweise bereits stattgefunden hätten. Dennoch sei die vollständige Geeignetheit des Grundstückes noch nicht geklärt und auch die Vorstellungen der Ausschüsse und des Rates müssten selbstverständlich noch Berücksichtigung finden.

**Herr Zens** erläutert, dass der Brandschutzbedarfsplan, sofern er beschlossen werde, die grundsätzliche Planung der Kommune für die nächsten Jahre vorgebe. Dennoch seien Änderungen möglich und könnten dann in einer erneuten Fortschreibung definiert werden. Hinsichtlich der Fachaufsicht erklärt er, dass die Aufsichtsbehörde durchaus befugt sei, in die kommunale Eigenverantwortung empfehlend einzugreifen. Grundsätzlich gehe es dann um ein so genanntes Organisationsverschulden, wenn man von den Grundsätzen der Brandschutzbedarfsplanung wesentlich abweiche.

Bezug nehmend auf eine entsprechende Nachfrage des **Ersten Beigeordneten Brandt** bestätigt **Herr Zens**, dass es sich bei der vorgegebenen Eintreffzeit von 8 Minuten um den heutigen Stand der Technik handele.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) fragt, ob die Bezirksregierung Köln möglicherweise strenger sei als andere Aufsichtsbehörden.

**Herr Zens** bestätigt, dass es bei den fünf Bezirksregierungen in Nordrhein-Westfalen unterschiedliche Sichtweisen gebe. Einig sei man sich allerdings in der Vorgabe der ersten Eintreffzeit von acht Minuten.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) erinnert sich an eine früher zulässige Toleranzgrenze von 10 bis 15 %.

**Herr Zens** bestätigt, dass es hier in der Vergangenheit eine andere Sichtweise gegeben habe. Heute habe sich allerdings ein planerisches Ziel von 100 % manifestiert. Er gehe davon aus, dass bei einem Zielerreichungsgrad von lediglich 90 % eine Ausnahmegenehmigung nicht erteilt werde.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) resümiert, dass der derzeitige Zustand in Sachen Brandschutz aus verschiedenen Gründen nicht ausreichend sei. Unabhängig von der Frage, ob man eine neue Feuerwache baue oder nicht, sei somit auf alle Fälle eine Investition notwendig. Für ihn stelle sich somit nicht die Frage, ob man investiere, sondern wo man investiere. Hinzu komme, dass die freiwilligen Feuerwehrkräfte aufgrund des derzeitigen abgelegenen Standortes keine Chance hätten, den Einsatzort rechtzeitig zu erreichen. Wenn man also ein gutes

Grundstück finde, welches alle Voraussetzungen auch hinsichtlich Lärmbelästigung etc. erfülle, sollte man seines Erachtens versuchen, eine fraktionsübergreifende Einigung zu erzielen.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) stellt fest, dass es sich zwar um eine interessante Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes handele, sich aber an der Kernaussage im Grunde genommen nichts geändert habe. Bereits bei der ersten Vorstellung des Brandschutzbedarfsplanes im Jahre 2002 sei die Empfehlung ausgesprochen worden, einen anderen Standort zu wählen oder eine Dependance zu errichten. Die Beibehaltung des alten Standortes sei damals nur unter der Voraussetzung einer angedachten engen Zusammenarbeit mit der Feuerwehr der Stadt Wesseling erfolgt. Insofern sei diese Alternative heute nicht mehr angezeigt. Das Problem am jetzigen Standort bestehe in der Entfernung zwischen Aufenthaltsbereich und Fahrzeughalle. Wolle man diese Zeit sparen, müsse man die beiden Bereiche zusammenlegen; dies sei nur durch einen Neubau möglich. Wenn es trotz dieses Neubaus allerdings immer noch nicht möglich ist, die vorgeschriebenen Eintreffzeiten einzuhalten, laufe man Gefahr, mit dieser Entscheidung wissentlich in Kauf genommen zu haben, dass bei einem Brand vermeidbare Personenschäden entstehen. Insofern sei es aus seiner Sicht müßig, die Erforderlichkeit einer Verlagerung des Standortes Rheinstraße noch zu hinterfragen. Es stelle sich lediglich noch die Frage, ob das Grundstück, auf welches man Zugriff habe, nutzbar sei. Falls sich die Nutzbarkeit des Grundstückes herausstelle, spielten aufgrund der aufgezeigten, rechtlichen Rahmenbedingungen auch die Kosten keine Rolle mehr.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) ist der Ansicht, dass man dennoch zwischen dem Wünschenswerten und dem Machbaren unterscheiden müsse. Seines Erachtens seien Angaben über Kosten in Höhe von 18 Mio. € eher beschönigend.

**Bürgermeister Kreuzberg stellt richtig**, dass von 14 bis 15 Mio. € die Rede sei.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) gibt zu bedenken, dass die Kosten in anderen Kommunen auch schon auf 30 Mio. € angestiegen seien.

Er fragt, ob es grundsätzliche Aussagen z.B. vom Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebund zum heutigen Stand der bei Feuerwehren üblichen Technik gebe.

**Bürgermeister Kreuzberg** führt aus, dass dies im Prinzip keine Rolle spiele. Es sei eindrucksvoll dargelegt worden, dass die Stadt Brühl im Ernstfall angreifbar sei, wenn sie die vorgeschriebenen Auflagen nicht erfülle.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) hält dem entgegen, dass es sich nicht um gesetzliche Grundlagen sondern lediglich um Empfehlungen handele, deren Allgemeingültigkeit nicht unumstritten seien. Auch den vormals Verantwortlichen könne man sicherlich kein verantwortungsloses Vorgehen vorwerfen; heute neige man allerdings eher zur Perfektion.

**Bürgermeister Kreuzberg** gibt zu bedenken, dass es früher Vorschriften in dieser Form noch nicht gegeben habe. Auch sei man mittlerweile durch bestimmte Ereignisse in diesem Bereich wesentlich mehr sensibilisiert.

**Erster Beigeordneter Brandt** weist darauf hin, dass man sich im Schadensfalle ggf. vor Gericht verantworten müsse, wenn man die Vorschriften nicht einhalte. Man gehe insofern das Risiko ein, dass im Ernstfall das Gericht die Frage beantworte, was Stand der Technik sei.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) hält dem entgegen, dass man mit dieser „Keule“ jegliche Diskussion im Keim ersticken könne. Fest stehe, dass es hier um eine erhebliche Investition gehe, die man zumindest einmal hinterfragen müsse. Hinsichtlich der finanziellen Belastung der Kommune müsse man überlegen, wo man die Grenze des Vernünftigen überschreite.

**Bürgermeister Kreuzberg** fragt, wer bereit sei, eine solche Verantwortung zu übernehmen.

**Erster Beigeordneter Brandt** macht nochmals deutlich, dass es nicht mehr um die Frage Neubau oder nicht gehe. Wenn man im nächsten Schritt dann eine Risikoabwägung vornehme für den Fall, dass man die Vorgaben der Bezirksregierung nicht beachte und z.B. eigene festsetze, könne die Entscheidung nur tendieren zu einem Neubau mit Standortverlagerung.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) fragt nach, ob es im Stadtgebiet Werksfeuerwehren gebe.

**Stellvertretender Wehrleiter Lassmann** berichtet, dass es in Brühl zwei Betriebsfeuerwehren gebe, die des Phantasialandes und die des Eisenwerkes. Hinsichtlich des derzeitigen Standortes macht er darauf aufmerksam, dass hier die Verkehrsdichte enorm zugenommen habe.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) hält dem entgegen, dass es eine hohe Verkehrsdichte auch auf der Römerstraße gebe. Er hätte daher gerne gewusst, wie die Fahrzeiten ermittelt worden seien.

**Herr Zens** erläutert, dass Grundlage der Simulation und der Berechnungen die Einteilung in 10 Straßenkategorien gewesen sei. Nach den bisherigen Erfahrungen erreiche man hierdurch eine relativ große Übereinstimmung mit den tatsächlichen Gegebenheiten.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) gibt zu bedenken, dass es nicht um den Stand der Technik gehe sondern um die Erkenntnis, dass ein Überleben nur bis zu einer gewissen Zeit möglich sei. Auf dieser Erkenntnis begründe sich das Ergebnis der Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes. Die Verantwortung, die man als Ratsmitglied trage, gebiete es, den Empfehlungen nachzukommen. Abschließend fragt er, ob auch das zweite mögliche Grundstück in dem favorisierten Bereich neben der Giesler-Galerie geprüft worden sei.

**Beigeordneter Schiffer** berichtet, dass dieses wegen der viel zu geringen Größe nicht in Betracht komme.

**Bürgermeister Kreuzberg** macht nochmals deutlich, dass man alle potentiell möglichen Grundstücke untersucht habe. Es gebe kein anderes Grundstück als das vorgeschlagene.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Heermann** (fw/bVb) nimmt Bezug auf die angesprochene Einrichtung einer Dependance und fragt, ob es hier Vorgaben gebe oder ob die Anlegung eines einfachen Platzes als Abstellplatz für Fahrzeuge ausreiche.

**Herr Zens** erklärt, dass sich die Anlegung einer Dependance nur lohne, wenn man einen vollwertigen Standort errichte. So müssten z.B. die Fahrzeuge so untergebracht werden können, dass sie auch im Winter einsatzbereit sind. Eine Trennung von Abstellplatz und Ausbildungs- und Übungsplatz sei im Übrigen logistisch schwierig. Empfehlen könne man eine solche Lösung in Ausnahmefällen und nur für die Zeiten werktags tagsüber.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Heermann** (fw/bVb) fragt nach hinsichtlich der Möglichkeit der Bestückung des zweiten Zuges ausschließlich mit freiwilligen Feuerwehrkräften.

**Herr Zens** berichtet, dass Überlegungen in diese Richtung nicht zu einem lohnenswerten Ergebnis geführt hätten. Hier müsse man die Erfüllung der bedarfsplanerischen Erfordernisse über die Kostenfrage stellen.

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg** (SPD) hält die Vorstellung für schlüssig, hat allerdings Bedenken hinsichtlich der Nutzung der Römerstraße während der Hauptverkehrszeit.

**Wachleiter Berg** weist darauf hin, dass die Situation auf der Rheinstraße während der Hauptverkehrszeit ebenfalls problematisch sei. Hinzu komme, dass auf der K 7 Überholvorgänge kaum möglich seien. Insofern verschlechtere sich dieser Umstand auf der Römerstraße sicherlich nicht.

**Ratsherr Hosmann** (CDU) stellt fest, dass hinsichtlich des Standortes wohl schon alles festgezurrert sei und die Ratsmitglieder anscheinend nur noch „abnicken“ müssten. Dies alles gehe ihm viel zu schnell; er hätte gerne gewusst, um welches Grundstück es sich konkret handele.

**Bürgermeister Kreuzberg** weist darauf hin, dass es um das Grundstück 'Ecke Römerstraße/Liblarer Straße' unterhalb des Seniorenwohnheimes gehe. Er wiederholt nochmals, dass es heute noch nicht um eine Beschlussfassung sondern um eine reine Informationsveranstaltung gehe. Es bestehe die Möglichkeit, Fragen zu stellen; erst dann steige man in das notwendige Verfahren ein.

**Beigeordneter Schiffer** berichtet, dass es sich zugegebenermaßen um eine missliche Lage handele und man gerne auch Alternativen angeboten hätte. Die Untersuchungen hätten allerdings ergeben, dass einzig und alleine das angesprochene Grundstück in Frage komme. Hinsichtlich des Verfahrens sei vorgesehen, am 19. Juni 2012 zunächst das Bebauungsplanverfahren im Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung in die Wege zu leiten. In diesem Rahmen würden weitere Untersuchungen z.B. hinsichtlich Verkehrs- oder Lärmbelästigung angestellt. Eine Ampelanlage, ähnlich wie in Köln-Marienburg, sei im Gespräch. Auch der Vortrag eines Architekten sei in der Sitzung des Ausschusses für Planung und Stadtentwicklung vorgesehen, der erste Konzeptionen hinsichtlich einer Gestaltung vorstellen werde. Er hoffe auf Verständnis, dass viele Vorprüfungen seitens der Verwaltung bereits hätten getätigt werden müssen, bevor die Angelegenheit an die Öffentlichkeit gegangen sei.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) stellt nochmals heraus, dass es in der heutigen Sitzung noch nicht um eine Detailplanung gehe. Hinsichtlich der angesprochenen Problematik der Verkehrsdichte auf der Römerstraße gibt er zu bedenken, dass diese dennoch den Vorteil gegenüber der K 7 habe, dass hier im Einsatzfall eine Gasse gebildet werden könne. Bezug nehmend auf den Lärmaktionsplan warnt er in diesem Zusammenhang vor der künftigen Querschnittsverkleinerung der Hauptverkehrsadern.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) ist der Ansicht, dass eine Beschlussfassung über die Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes nur dann sinnvoll sei, wenn man dessen Forderungen auch erfüllen könne.

Abschließend kommt er zurück auf die Alternative der Anlegung eines reinen Fahrzeugabstellplatzes und fragt nochmals konkret nach, ob eine Aufteilung der Fahrzeuge auf zwei Standorte möglich sei.

**Herr Zens** verneint dies ausdrücklich, da selbst bei der Einsparung von einer einminütigen Ausrückzeit die planerische Gebietsabdeckung des gesamten Bereiches in der vorgeschriebenen Zeit nicht möglich sei.

**Erster Beigeordneter Brandt** erklärt hinsichtlich der Beschlussfassung über den Brandschutzbedarfsplan, dass dieser lediglich ein Ziel vorgebe, welches man dann versuchen müsse, umzusetzen. Insofern bringe es nichts, die Beschlussfassung zurückzustellen bis zur Klärung der Frage, ob die Ziele tatsächlich erreichbar sind. Falls sich im Laufe des Verfahrens ergebe, dass eine Umsetzung nicht möglich sei, müsse die Diskussion um den Brandschutzbedarfsplan neu aufgerollt werden.

**Ratsherr Gerharz** (CDU) fragt, ob die Feuerwehr möglicherweise eine Statistik führe, zu welchen Auswirkungen die bisher nicht eingehaltenen Einsatzseiten geführt hätten. Eine solche Negativstatistik wäre das schlagende Argument für einen Neubau und für eine Verlagerung der Feuerwache.

**Wachleiter Berg** verweist auf die diesbezügliche Darstellung im Rahmen der Präsentation. In 40 % der Fälle habe man den Zielerreichungsgrad verfehlt. Anderweitige Statistiken würden nicht geführt.

**Erster Beigeordneter Brandt** erwidert auf die entsprechende Anfrage des **Fraktionsvorsitzenden Pitz** (FDP) nach dem Bezugswert der Zahlen, dass im Erfassungszeitraum 2008 noch nicht die 13 Minuten Regel Geltung gehabt habe.

Da weitere Fragen nicht bestehen, bedankt sich **Bürgermeister Kreuzberg** bei Herrn Zens für die Vorstellung und die Beantwortung der Anfragen.

- einstimmig -

---